Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 121. | Dresden, Donnerstag den 29. Mai 1913. | 24. Jahrg.

Die Budgetkommission beendete heute die zweite Lesung der Wehrvorlage.

Bei der Eröffnung des preußischen Landtags soll eine Wahlreformvorlage nicht angekündigt werden.

Die erste elsaß-lothringische Kammer sprach sich gegen das geplante Ausnahmegesetz aus.

Der Kampf der Maschinisten und Heizer auf den Nordsee-Fischdampfern ist nach fünfmonatiger Dauer beendet worden.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags soll für heute oder morgen bevorstehen.

Die Turiner Metallindustriellen drohen mit einer Aussperrung, die 25 000 Arbeiter treffen würde.

Entlarvte Patrioten.

Die Militärvorlage und ihre Deckung.

Bei der Fortführung der Beratungen über die Militärvorlage in der Budgetkommission des Reichstags haben gewisse Patriotenparteien einen besonders bemerkenswerten Beitrag zur Kennzeichnung des wirklichen Wesens ihres Patriotismus erbracht.

Nachdem die Budgetkommission die Militärvorlage in einer ersten Lesung durchberaten hatte, entsprach es dem stets geübten Gebrauche, daß die in Aussicht genommene zweite Lesung sich daran knüpfen sollte. Diese zweite Lesung konnte auch nach den umfassenden und gründlichen Beratungen in der ersten Lesung keine größere Bedeutung mehr haben und keine erheblichen Schwierigkeiten mehr bereiten. Es war ja eigentlich nur ein einziger wichtigerer Gegenstand des Streites zwischen den bewilligungsbereiten Parteien übrig geblieben, nämlich die Frage, ob der Abstrich von drei Kavallerieregimentern — die Regierungsvorlage hatte deren sechs verlangt — wieder rückgängig gemacht und so auch in dieser Hinsicht die militaristischen Forderungen bis auf das letzte Tipfelchen erfüllt werden sollten oder nicht. Obschon die Dinge so einfach und klar lagen, setzte nun schon am letzten Montag eine heftige Debatte der Konservativen und des Zentrums ein, deren Ziel war, die zweite Lesung der Militärvorlage aufzuschieben und zunächst die Steuervorlagen durchzuberaten. Der Grund dieses schwarzblauen Vorstoßes war für den Eingeweihten von vornherein klar und in der Mittwochsitzung haben diese Parteien sich vollends offenbart. Die sonst so schlauen Zentrumsmänner haben in ihrem Aerger über den Lauf der Dinge sogar alle ihre übliche Klugheit vergessen und eine Selbstentlarvung ihres bewilligungseifrigen Patriotismus vorgenommen, für die wir Sozialdemokraten ihnen dankbar sein dürfen.

Die sozialdemokratische Fraktion, die die Manöver der Schwarzblauen wohl erkannte, gab zu Beginn der Sitzung der Budgetkommission die Erklärung ab, daß sie dafür eintrete, daß jetzt in die zweite Lesung der Militärvorlage und nicht sogleich in die Beratung der Steuervorlagen eingetreten werden solle. Es wurde dann demgemäß mit den Stimmen der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums beschlossen. Hierdurch sahen die Schwarzblauen ihre Pläne durchkreuzt. Diese Parteien bezweckten selbstverständlich nichts anderes, als die Steuervorlagen nach ihrem Belieben zu gestalten. Konservative und Zentrum sind in diesem Reichstag nicht mehr die Mehrheit wie bei der famosen „Finanzreform" von 1909, sie bieten aber alles auf, um auch als Minderheit die neuen Steuervorlagen möglichst harmlos für den Besitz, besonders für den agrarischen Großbesitz, zu gestalten. Darum suchten sie durch Voranstellung der Steuervorlagen einen Druck auf die Nationalliberalen auszuüben, daß diese, wenn nicht die Fertigstellung der Militärvorlage verzögert werden sollte, sich mit den Schwarzen und Blauen zu einem elenden Steuerkompromiß bequemen müßten. Bei der Wankelmütigkeit der Nationalliberalen und bei der heftigen Sehnsucht des rechten Flügels dieser Partei, ganz nach rechts Anschluß zu nehmen, war diese Rechnung auch nicht ganz verfehlt. Als aber die Sozialdemokratie sich durch das ihr vorgeführte Trugbild, als ob die Militärvorlage hinausgezögert und erschwert werden würde, nicht täuschen ließ und durch ihre Abstimmung den schwarzblauen Kunstgriff abwehrte — da vermochten die Rechtsparteien ihren Aerger und ihre Verlegenheit nicht zu verbergen. Nun entlarvten sie vollends ihre patriotische Politik. Der konservative Obermacher Graf Westarp mühte sich, die Regierung als Hilfstruppe für die konservative Steuerscheu festzumachen. Er beschwor den Schatzsekretär, daß er nicht dulden solle, daß die Militärvorlage eher als die Deckungsvorlagen zur Verabschiedung gebracht würde. Ja, dieser konservative Parteichef erklärte deutlich genug, daß seine Partei alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwenden wolle, um die Annahme der Militärvorlage vor Erledigung der Steuervorlage zu verhindern. Als der Schatzsekretär Kühn einigermaßen ausweichende Antwort gab und lediglich zugab, daß die Reichsregierung allerdings auch auf die „Klärung" der Steuerfrage Wert lege, wurde Graf Westarp immer zudringlicher und zugleich immer offenherziger in der Entblößung der konservativen Absicht, nicht dulden zu wollen, daß zur Zahlung der Militärvorlage eine Steuer geschaffen wird, die den Junkern beschwerlich ist.

Die Zentrumsleute vollendeten diese erbauliche Szene patriotischer Demaskierungen, indem sie durch den Abgeordneten Gröber eine feierliche Erklärung ergehen ließen, in der in verwegener Deutlichkeit gesagt wird, daß der Zentrumsfraktion die Verabschiedung der Wehrvorlage erst nach der Entscheidung über die Deckungsfrage möglich sei und daß ihre Stellungnahme zur Wehrvorlage abhängen werde von der Art und Weise der Lösung der Deckungsfrage.

So also schauen die konservativen und klerikalen Patrioten aus! Sie spielen sich auf als begeisterte Vaterlandsfreunde und sie sagen ohne Unterlaß, daß die neue Riesenmilitärvorlage unbedingt nötig sei zum Schutze des Deutschen Reiches. Sobald aber zur Bezahlung dieser Militärausgaben Steuern drohen, die dem Geldbeutel der Besitzenden peinlich sind, sobald vor allem die verhaßte Erbschaftssteuer droht, dann wollen dieselben Patrioten das, was angeblich für des Reiches Existenz unerläßlich ist, hinausögern oder gänzlich verwerfen!

Nach diesen Vorgängen wird es selbstredend die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, dahin zu wirken, daß die Steuervorlagen, deren Beratung in der Kommission am Donnerstag beginnt, so gestaltet werden, wie es den Konservativen und dem Zentrum nicht gefällt, und daß die Heeresvorlage vor den Steuervorlagen zur endgültigen Abstimmung gelangt. Wir werden dann ja sehen, ob die Männer der nationalen Gesinnung ihre Drohung, unter solchen Umständen die Militärvorlage abzulehnen, wahr machen werden. Wir wollen den Westarp und Heydebrand, den Spahn und Erzberger von Herzen gern die Gelegenheit bereiten, mit uns gegen die Militärvorlage zu stimmen.

Freilich sind wir weit entfernt, jene Drohung sehr ernst zu nehmen. Wir schätzen sie lediglich als eine Rückzugskanonade der Schwarzblauen ein, um bei der Gestaltung der Steuern nicht zu sehr ausgeschaltet zu werden. Insbesondere das Zentrum gibt sich ja die größte Mühe, bei den Steuervorlagen nicht zum fünften Rad am Wagen zu werden. Es wäre ihm allzu schmerzlich, daß es die wildesten Ansprüche des Militarismus befriedigt, aber bei der Gestaltung der Steuergesetze außer Einfluß gesetzt werden und zugunsten der Sozialdemokratie abdanken soll. Es erhält sich das Gerücht in parlamentarischen Kreisen, daß das Zentrum, um nicht ganz matt gesetzt zu werden, geneigt sei, in der Frage der zu schaffenden Besitzsteuer Entgegenkommen zu beweisen und eine Reichsvermögenssteuer zuzugestehen. Wenn aber die Regierungen die Reichsvermögenssteuer auch weiterhin ablehnen, dann würde immer wieder die am meisten verhaßte Erbschaftssteuer auftauchen.

Inmitten all dieser elenden Ränkespiele der bürgerlichen Parteien bewahrt die Sozialdemokratie ihre klare und feste Politik. Sie kämpft weiter und bis zum letzten Moment mit allen Kräften gegen die verderblichen Forderungen des Militarismus. Zugleich aber tut sie ihr bestes, um wenigstens bei den neuen Steuervorlagen die Tücken der steuerscheuen Patrioten zu nichte zu machen und den Anfang einer wirklichen Besitzsteuer von Reichs wegen zu schaffen.

* * *

Ueber die Beratungen der Budgetkommission ist noch folgendes zu berichten:

Nachdem Gröber die erwähnte Erklärung im Namen des Zentrums abgegeben hatte, forderten unsere Genossen, daß auch der Reichskanzler den Kommissionsverhandlungen beiwohnt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Volksparteiler und Polen wurde diese Forderung abgelehnt. Es begann die

zweite Lesung der Militärvorlage.

Mit großer Lebhaftigkeit trat der Kriegsminister für Bewilligung der drei gestrichenen Kavallerie-Regimenter ein, wogegen sich Genosse Noske in energischer Weise wandte. Die Kommission hätte die Pflicht, noch einmal eingehend die Frage zu erörtern, ob überhaupt die ganze Militärvorlage mit wirklichen Gründen verteidigt werden könne. Die „Gefahr" eines festbegründeten Balkanbundes ist beseitigt, und von der russischen Gefahr könne doch ernstlich nicht gesprochen werden. In Frankreich zeige die Haltung eines Teiles der Armee, wie großen Unwillen auch dort die Rüstungsmaßregeln hervorgerufen haben. Die deutschen Vorlagen verschlimmern nur die politische Situation. — Abg. Müller-Meiningen bekämpfte gleichfalls die Bewilligung der gestrichenen drei Regimenter. Wenn die Militärverwaltung diesmal den Wünschen des Reichstags in bezug auf militärische Reformen nicht Rechnung trägt, werden die Volksparteiler in Zukunft die Konsequenzen ziehen, zwar nicht durch Streichungen, die die Sicherheit des Reiches gefährden könnten, sondern durch solche, die empfindlich die Verwaltung treffen müssen. — Für die sechs Kavallerie-Regimenter sprachen noch General Wandel, der bayerische General Wanninger und Bassermann, während Genosse Ledebour sie lebhaft bekämpfte. — Die jetzige Dislokation der Kavallerie begründete der Kriegsminister mit dem Umstand, daß Deutschland gegebenenfalls den Kampf nach zwei Fronten führen müsse, Frankreich und Rußland aber nur nach einer Front zu fechten brauchen. — Gegen eine Bemerkung des Ministers, die französischen Rüstungen seien nicht durch die deutschen hervorgerufen worden, sondern umgekehrt, betonte Genosse Frank, daß diese Behauptungen ganz falsch seien. Wenn der Minister sich auf den französischen Sozialisten de Pressensé dabei berufen habe, so mit Unrecht, denn Pressensé habe auf dem französischen Parteitag keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland an den neuesten Rüstungen die alleinige Schuld trage. Dem Minister sei es nicht gelungen, überzeugend zu erklären, warum nicht Gardekavallerie an die Grenze zur Verstärkung des Schutzes gelegt werden könne. Von der Regierung muß jetzt gefordert werden, ihre Stellung zu den von der Kommission zwecks militärischer Reformen angenommenen Resolutionen zu präzisieren, z. B. zur Frage des Militärverbots. Der neueste Fall in Kassel zwinge dazu, jetzt von der Regierung klare Stellungnahme zu verlangen. Wie stellt sich die Regierung zur Reform des Militärstrafrechts? — Der Kriegsminister betonte, er sei gar nicht imstande, ohne Beschlußfassung des Bundesrats Erklärungen abzugeben. Wie ich persönlich mich stelle, habe ich schon bei der ersten Lesung ausgeführt und vielfach meine Sympathie ausgesprochen. — Genosse Haase legte eine gedruckte Liste vor, die in Königsberg i. Pr. in den Kasernen an die Soldaten verteilt werde und die Namen von 150 Geschäftsleuten enthalte, über die der Militärboykott verhängt worden ist. Geschäftsleute werden allein deshalb ruiniert, nur weil sie im sozialdemokratischen Blatte inserieren, oder weil Arbeiter ihre Möbel dort kaufen. Ein solcher Terrorismus sei nicht nur verfassungswidrig, sondern auch eine unerhörte Brutalität, die das deutsche Volk sich unmöglich noch länger gefallen lassen darf. Pressensé hat ausdrücklich erklärt, das französische Volk denke nicht an einen Angriff gegen Deutschland. Nach der Berner Konferenz ist kein Zweifel mehr darüber, daß die französischen Militärvorlagen im Parlament abgelehnt würden, wenn nicht die deutschen Rüstungsvorlagen da wären. — Der Kriegsminister erklärte, sobald ihm Material in der Boykottfrage vorgelegt wird, in eine genaue Prüfung einzutreten. — Abg. Müller-Meiningen fordert eine bündige Erklärung wegen des Militärboykotts. Seit zehn Jahren hat sich der Reichstag gegen diesen Boykott ausgesprochen. Die Verwaltung hatte also Zeit genug, ihre Stellungnahme sich zu überlegen. — Genosse Ledebour hielt dem Kriegsminister vor, daß sein Kollege von der Marine seine eigene Auffassung über schwebende Fragen ohne Bedenken zum Ausdruck bringe. Das sei auch das Recht der Minister. — Abg. Graf Mielzynski brachte ebenfalls einen brutalen Terrorismusfall zur Sprache. — Genosse Schöpflin forderte vom Minister nunmehr eine bündige Erklärung, ob er bereit ist, auf die Korpskommandeure im Sinne einer Aenderung des Militärboykotts einzuwirken. Was der Kriegsminister bisher erklärt hat, genügt gar nicht. Demnach scheint der Minister keine Lust zu haben, dem Verlangen des Reichstags Folge zu geben.

Genosse Frank wünschte Auskunft, wann der Kriegsminister Erklärungen abgegeben will. Das Wichtigste sei, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Minister Erklärungen formulieren kann. — Der Kriegsminister betonte, er könne einen Zeitpunkt nicht angeben, weil er erst mit den anderen Instanzen sprechen müsse. — Genosse Südekum stellte fest, daß der Minister sich weigert, in der Boykottfrage Remedur eintreten zu lassen, obwohl er leicht in der Lage wäre, bessernd eingreifen zu können. — Dem Grafen Westarp gehen die Erklärungen des Ministers weit genug, gegen die Vertagung sprechen er sich entschieden aus. — Der sächsische General v. Weißdorf gab Auskunft über die Art, wie in Sachsen das Militärverbot gehandhabt wird. Von einem militärischen Boykott könne keine Rede sein. — Genosse Gradnauer erklärte, es sei sehr wohl möglich, die Handhabung des Militärverbots in Preußen dem sächsischen Beispiel anzupassen, das keineswegs ein lobenswertes sei, aber doch wesentlich gegen die preußische Praxis absticht. Jetzt muß auf eine Aenderung gedrungen werden. Ist erst die Vorlage angenommen, bleiben die Wünsche des Reichstages unberücksichtigt. — Da das Zentrum sich an dieser Debatte gar nicht beteiligte, verlangte Genosse Ledebour vom Zentrum, seine Haltung nunmehr zu präzisieren. Früher habe das Zentrum die gleichen Wünsche wie die Sozialdemokraten erhoben. — Abgeordneter Gröber betonte, das Zentrum teile auch heute noch die frühere Auffassung. — Genosse Noske forderte einen Nachweis für die Notwendigkeit der Vermehrung der Pioniertruppen, den General Wandel gab. Der von unseren Genossen gestellte Vertagungsantrag wurde **abgelehnt**, ebenso gegen 11 Stimmen der konservative Antrag, **sechs Kavallerie-Regimenter zu bewilligen.** Das Zentrum stimmte getrennt. **Damit ist die zweite Lesung der Militärvorlage beendet.**

Zur Beratung standen noch einige Anträge zum Ergänzungsetat. Der Antrag, der für **Familien, von denen drei und mehr Söhne militärischen Dienst tun**, für jeden weiteren Sohn eine jährliche **Entschädigung von 240 M. verlangt**, wurde einstimmig angenommen.

Zur Berichterstattung im Plenum wünschte Graf Westarp, daß der Berichterstatter auch die Stellungnahme der Parteien sowie der Regierung zur geschäftlichen Behandlung der Vorlagen mit bekannt gibt. Er wünschte auch, daß bei Verabschiedung der Militärvorlage im Gesetz ausgesprochen werden muß, daß die Ausgaben nicht vorläufig durch Anleihen bestritten werden dürfen. — Schatzsekretär Kühn erklärte nochmals, ohne Deckung soll keine Ausgabe gemacht werden. Der Schatzanweisungskredit müsse aber erhöht werden, weil die Militärvorlage bereits 1913 in Kraft treten soll, die ersten Summen aus den neu geforderten Steuern aber erst 1914 eingehen. — Abg. Fischbeck protestierte dagegen, daß die Konservativen versuchen, im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte materielle Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen.

Donnerstag beginnt die Kommission mit der Beratung des Wehrbeitrags.

*

Liberales Geschwätz.

In einigen liberalen Blättern erscheinen Bemerkungen, die den Anschein erwecken sollen, als bedeute die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion und ihrer Vertreter in der Budgetkommission eine „Förderung der Militärvorlage". So schreibt die B. Z. am Mittag: „... Man hätte dann die interessante Konstellation zu verzeichnen, daß die Wehrvorlagen mit Hilfe der Sozialdemokraten gefördert werden, und daß die Konservativen in die Opposition und in eine ohnmächtige Minderheit gedrängt wurden." Da derartige Aeußerungen zwar kaum bei uns in Deutschland, wohl aber in Frankreich Mißverständnisse hervorrufen könnten,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130529/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG